
Forum

Politisierung der Wissenschaft

Irgendwas verändert sich gerade. Allenthalben werden Künstler*innen oder Wissenschaftler*innen eingeladen oder boykottiert, weil ihre Länder Krieg führen oder sie Positionen vertreten, die ein Teil ihrer *Community* als gefährlich einstuft. Von öffentlichen Institutionen wird erwartet, dass sie jenseits ihres engeren Zuständigkeitsbereichs Positionen zu den großen Fragen der Zeit beziehen: zu Kriegen, Klimawandel, Migration oder Antisemitismus. Die „Culture Wars“ genannten Kulturkämpfe in den USA oder die zunehmenden Restriktionen in illiberalen Autokratien und rechtspopulistisch dominierten Demokratien gegen Minderheitenpositionen künden von einer neuen Radikalisierung, die den Raum des Sag- und Denkbaren beschränkt und dabei auch vor den Kultureinrichtungen und den Wissenschaften nicht Halt macht. Und *Social Media* tut ihr Übriges. Die politische Instrumentalisierung des Wissens und der Wissenschaft schreitet voran, aggressiv und gänzlich ungeniert.

Was heißt das für die EKW? Die Lust an der politischen Intervention, am aktiven Eintreten für bestimmte normative Positionen, kennzeichnet die Volkskunde/EKW seit ihren Anfängen. Waren die Interventionen zunächst affirmativ auf das Bewahren der vermeintlich tradierten „Volkskultur“ ausgerichtet („Heimat-, Brauch- und Volkstumpfpflege“), so emanzipierte sich das Fach in den 1960er- und 1970er-Jahren zu einer kritischen Sozialwissenschaft, damals vor allem von dem Bedürfnis getragen, sich von der regimenahen Volkskunde der NS-Zeit abzugrenzen. Seitdem gehen die Meinungen darüber, wie politisch engagiert das Fach sein sollte, auseinander. Die empirisch fundierte und zunehmend verwissenschaftlichte Kulturanalyse jedenfalls vollzog sich stets im Spannungsfeld von distanzierter Beschreibung und Interpretation und dem Vertreten normativer bis ideologischer Haltungen.

Diesem Spannungsfeld widmet sich inzwischen auch die Wissenschaft verstärkt. Der ehemalige DFG-Präsident Peter Strohschneider nimmt sich unter dem Titel *Wahrheiten und Mehrheiten* (C. H. Beck 2024) den *Science Activism* vor, dem er fehlenden Respekt vor der demokratischen Willensbildung und eine mangelnde Offenheit für alternative Positionen vorhält, mithin eine Unfähigkeit, die eigenen Hypothesen infrage zu stellen und politische Kompromisse zu akzeptieren. Aus der EKW haben jüngst Marion Näser-Lather (Innsbruck) und Timo Heimerdinger (Freiburg) einen Sammelband zum Thema *Position beziehen, Haltung zeigen?! (Waxmann 2024)* herausgegeben, in dem sie für eine Haltung plädieren, „die darin besteht, zunächst nicht mitzumischen, die Welt im unmittelbaren Sinn zu gestalten oder [...] ver-

bessern' zu wollen, sondern vielmehr zunächst aus einer gewissen Distanz heraus zu beobachten, zu dokumentieren, zu verstehen und zu analysieren, um in einem zweiten Schritt den Ertrag dieser Beobachtungsarbeit dann weiter zu kontextualisieren und ggf. auch wertend einzuordnen". Sie argumentieren also idealiter für eine Trennung von Analyse und Bewertung, „genau darin läge dann der spezifische und – wenn man so will – gesellschaftliche Beitrag der wissenschaftlichen Arbeit.“

Beide fassen ihre Position im einleitenden Text dieses Forums nochmals zusammen und unterscheiden zwischen vorgängigem Positioniert-Sein, passivem Positioniert-Werden und aktivem Position-Beziehen. Diese Heuristik steht am Anfang dieses Forums, das sich der alten und doch immer wieder neu zu bearbeitenden Frage widmet, inwieweit sich Wissenschaft politisch positionieren darf/ soll/ muss. Wo liegen Grenzen der Intervention? Wann wird die für wissenschaftliche Erkenntnis zentrale Revisionsoffenheit unterminiert? Warum stellen sich diese Fragen heute mit neuer Dringlichkeit? Wie neu sind sie eigentlich?

Wissenschaftsgeschichtlich geht diesen Fragen Monique Scheer (Tübingen) mit ihrer Reflexion über das Wertfreiheitspostulat Max Webers nach, das sie in seinen zeitlichen Kontext einordnet und dabei fragt, was wir heute noch davon lernen können. Čarna Brković (Mainz) zeigt an ihrem eigenen Bildungsweg in der Volkskunde, wie sie lernte, dass jede Form kulturwissenschaftlicher Erkenntnisstiftung politisch ist. Jens Adam (Cottbus) beschreibt am Beispiel Polens, wie illiberale Politik der Wissenschaft die Grundlage entzieht. Und Olga Reznikova (Innsbruck) denkt über die Pendelbewegungen des Fachs zwischen Affirmation und Aktivismus nach.

TT

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.06>

Marion Näser-Lather und Timo Heimerdinger

Positionen der Positionierung

Die Empirische Kulturwissenschaft ist seit ihren volkswissenschaftlichen Anfängen politisch. Die aktive Bezugnahme auf gesellschaftliche – und damit immer auch politische – Fragen durchzieht die Fachgeschichte. Spätestens seit der Falkensteiner Tagung 1970 und der Verständigungsformel in der Falkensteiner Resolution gehört das explizite Ziel „an der Lösung sozio-kultureller Probleme mitzuwirken“ zur DNA unseres Faches. Gleichgültige Positionslosigkeit war und ist also keine Option, zumal die gesteigerte Schlagzahl social-medialer Öffentlichkeiten heute hohe Reaktivität erfordert. Wir sind alle situiert und positioniert, so ein berühmtes Zitat von Donna Haraway. Nur: Was bedeutet dies?

Positionierungen ethnografisch Forschender vollziehen sich in verschiedenen Modi, die zwar nur heuristisch scharf voneinander abgegrenzt werden können, gleichwohl jedoch der Unterscheidung bedürfen: als – teils unbewusstes – vorgängiges Positioniert-Sein, als passives Positioniert-Werden und als aktives Position-Beziehen. Diese drei Formen der Positionierung durchdringen einander, sind Teil eines Netzwerkes und beinhalten Diskurse, Materialitäten und Handlungen von Forschenden und Feldpartner*innen. Sie interagieren miteinander und verändern sich über die Zeit hinweg. Die einzelnen Aspekte dieses Prozesses bringen unterschiedliche forschungsethische Implikationen mit sich.

Positioniert-Sein: Wir sind bereits unweigerlich vor dem Feldeintritt positioniert, dies beinhaltet ethische, politische oder weltanschauliche Überzeugungen. Sie hängen auch davon ab, inwieweit wir im Hinblick auf Werte eine universalistische oder eine relativistische Haltung vertreten, inwieweit unsere Werte von denen der Feldpartner*innen divergieren und wo wir uns zwischen größtmöglicher Neutralität am einen und eingreifender Forschung am anderen Ende der Skala verorten. Positioniert-Sein wird zudem konfiguriert durch unsere intersektionale Position in Relation zum Feld durch geschlechtsspezifische Identitäten und Orientierungen, Alter, Klasse, ethnische Zugehörigkeit, Rassifizierung und Able-Bodiedness. Diese intersektionale Position kann unterschiedliche Machtkonstellationen zwischen uns und dem Feld zur Folge haben (*studying up* vs. *studying down* vs. *studying sideways*). Wir sind also zwangsläufig immer schon positioniert, Forschung außerhalb dieser Positionierung gibt es nicht.

Positioniert-Werden: Einige Bestandteile des Positioniert-Seins beziehungsweise ihrer Oberflächenphänomene werden von den Feldpartner*innen wahrgenommen und fließen somit als Voraussetzung in Akte des Positioniert-Werdens ein, in denen uns Eigenschaften und mit ihnen verbundene Rollen zugeschrieben werden. Verschiedene Feldakteur*innen und Öffentlichkeiten können uns dabei in Abhängigkeit von ihrer eigenen Position, ihrer Perspektive und ihren Interessen jeweils unterschiedlich positionieren. Dies geschieht in Auseinandersetzung mit unseren Äußerungen und Handlungen, zum einen während der Feldforschung und zum anderen in Form der Repräsentation des Felds, durch Dissemination der Forschungsergebnisse oder durch politische Vertretung von Feldakteur*innen (Intervention). Positioniert-Werden äußert sich wiederum in Handlungen und Äußerungen von Feldpartner*innen und auch Öffentlichkeiten, die sich auf den Feldzugang auswirken und die Wahrnehmungen weiterer, nicht unmittelbar zum Feld gehörender Akteur*innen und weiterer Öffentlichkeiten beeinflussen können. Diese werden als indirekte Interaktionspartner*innen eventuell von uns nicht oder nicht von Anfang an mitgedacht, können aber dennoch unsere Feld-Interaktion, unsere Sprachfähigkeit und unsere Deutungsmacht beeinflussen. Forschung außerhalb dieses Positioniert-Werdens gibt es also auch nicht.

Position-Beziehen: Positioniert-Sein und Positioniert-Werden veranlassen uns schließlich zu aktiven Akten des Position-Beziehens, sei es in Form der Bestätigung oder Zurückweisung einer zugeschriebenen Positionierung – etwa, wenn wir als Vertreter*in einer Gruppe gelesen werden und wir uns in entweder von dieser Gruppe abgrenzen oder die Zugehörigkeit bestätigen (*boundary work*) oder aber zum Nutzen der Feldpartner*innen in das Feld eingreifen möchten (*action anthropology*).

Positioniert-Sein, Positioniert-Werden und Position-Beziehen entwickeln sich in einem dynamischen Prozess, der in jeweils mehr oder weniger großen Anteilen weder planbar ist noch (bewusster) Kontrolle unterliegt. Wenn Forschung ergebnisoffen ist, dann bedeutet das auch, dass alle Formen der Positionierung und des Positioniert-Werdens im Forschungsprozess flexibel sind – und bleiben müssen.

Was folgt nun daraus? Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen und Strategien, die auf das Produktivmachen der Positioniertheit abzielen. Wir möchten dafür plädieren, die Positionierungseffekte im Forschungsprozess selbst zu minimieren und in jedem Fall flexibel zu halten. Das bedeutet: Selbst beim Position-Beziehen sollte die Trennung zwischen Analyse und Bewertung so gut es geht aufrechterhalten werden. Abgesehen von Extremsituationen, die ein sofortiges Eingreifen als Mitmenschen erfordern, sollten Forschende sich in ihrer Positioniertheit erst einmal zurücknehmen, beispielsweise auch in ihrer emotionalen Bewertung, um keine *empathy wall* entstehen zu lassen und um Verstehensprozesse zu ermöglichen. Dies erscheint uns als geeigneter Weg, um eine ergebnisoffene Forschung zu gewährleisten, die gleichzeitig dem Anspruch an die ethnografische Methode gerecht wird: n und Ereignisse dicht, facettenreich und multiperspektivisch darzustellen. Das ist keine Kleinigkeit, in Zeiten der populistischen Verkürzung nötiger denn je und allein deswegen schon hoffentlich auch ein Beitrag „zur Lösung sozio-kulturaler Probleme“.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.07>

Monique Scheer

Wissen und Wertung

In den Debatten über die Politisierung der Wissenschaft wird häufig auf deren Befähigung und Verpflichtung, ‚Objektivität‘ zu wahren, verwiesen. Die Aufgabe der Wissenschaft sei es, im Streben nach wahrer *Erkenntnis* gesichertes *Wissen* zu produzieren, das auf *Fakten* basiert. Fakten werden meist als ‚objektiv richtig‘ dargestellte Sachverhalte verstanden. Dabei heißt ‚objektiv‘ zweierlei: Erstens bildet es einen Gegensatz zum rein ‚subjektiven‘ Eindruck, also vom individuell beschränkten Blick

auf die Welt; zweitens den Gegensatz zur ‚wertenden‘ Darstellung, die von eigenen, subjektiven Interessen geleitet ist. Die methodologisch verbürgte Ausschaltung des Subjekts gilt daher als Garant einer objektiven, da ‚neutralen‘ wissenschaftlichen Tätigkeit.

Während die Naturwissenschaften diese Art von Wissensproduktion scheinbar vorbildhaft etablieren konnten, indem sie die empirisch erfahrbaren Tatsachen der materiellen Welt ermitteln und daraus Theorien zu gesetzmäßig ablaufenden Prozessen entwerfen und immer wieder mit neuen Tatsachenermittlungen testen, gilt dieses Modell in der textbasierten Wissensproduktion der Geisteswissenschaften zuweilen abwertend als ‚naiv positivistisch‘. In der Tat ergibt eine bloße Auflistung von historischen Fakten keine geschichtswissenschaftliche Studie, die Publikation von Feldnotizen keine Ethnografie. Erst die Analyse der Zusammenhänge dieser Fakten mündet in ein Narrativ, das etwas ‚Wahres‘ über die Welt mitteilt, d. h. eine faktenbasierte, plausible und unparteiische Erzählung, die als methodisch gewonnenes Wissen gelten kann. Die interpretativen Entscheidungen, die ein solches Narrativ erfordern, beinhalten zwangsläufig Bewertungen, die jedoch nicht deshalb ‚rein subjektiv‘ sind.

Genau das betont Max Weber in der Ausformulierung seines ‚Wertfreiheitsgebots‘ der Wissenschaft, auf das in letzter Zeit häufig rekurriert wird, weil vermeintlich dagegen verstoßen werde. Wenn man dieses Ideal aufruft, gilt es zu bedenken, dass sich sein Konzept speziell auf sein damaliges Fach der ‚Nationalökonomie‘ im Schnittpunkt der heutigen Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaft bezog. In der hochgradig politisch aufgeladenen Zeit zwischen der Vereinigung Deutschlands 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs rang er um eine Formulierung dessen, was eine ‚objektive‘ Sozialforschung und Kulturanalyse sei. Seine Lösung war die klare Aufgabenteilung zwischen Politik und Wissenschaft. In seinem Aufsatz „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnisse“ von 1904 stellte Weber einerseits klar, dass die Erfahrungswissenschaft nicht die Aufgabe habe, Werte im Sinne von Normen oder erstrebenswerten Idealen zu ermitteln. Im Gegensatz zu ausgesprochen normativen Wissenschaften (Ästhetik, Jura, Pädagogik, Ethik u. v. m.), deren Aufgabe in der Bewertung von Dingen als ‚besser‘ und ‚schlechter‘ liegt, war seine Sozialwissenschaft eine deskriptiv-analysierende. Sie sollte schlichte Wissensbestände zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe die Politik Werturteile fällen können sollte. Andererseits bringt er deutlich zum Ausdruck, dass selbst eine nicht-normative Wissenschaft Kritik an politischen Entscheidungen formulieren könne, etwa über deren Praktikabilität oder Folgewirkungen. Sie kann auch Auskunft geben über historische Hintergründe und Bedeutung derjenigen Normen und Ideale, die hinter solchen Entscheidungen stehen.

Weber, von der Kritischen Theorie gerne als bürgerlich-‚affirmativ‘ charakterisiert, sah also durchaus eine kritische Rolle für die empirische Sozialforschung

vor. Er versteht die ‚Wertfreiheit‘ nicht in einem absoluten Sinne, wenn er schreibt, dass methodisch vollkommen legitime Entscheidungen in der Wissenschaft, allen voran die Wahl des Forschungsgegenstands, von Bewertungen und Interessen geleitet seien, gerade in der Kulturwissenschaft. Denn im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, deren Erkenntnisgegenstände alle gleichermaßen sinnvoll erscheinen können, werden in den Geisteswissenschaften ‚würdige‘ Gegenstände anhand von ‚Wertbeziehungen‘ definiert. Weber ermahnte aber auch hier seine wertkonservativen, bürgerlichen Kollegen zu mehr ‚Objektivität‘: „Eine Kulturerscheinung ist die Prostitution so gut wie die Religion oder das Geld“, schreibt er und zeichnet damit eine Grundhaltung der kulturanthropologischen Forschungsweise vor. Schließlich verurteilte Weber auch nicht die politische Tätigkeit eines Wissenschaftlers, solange die wissenschaftliche und politische Tätigkeit nicht vermischt und die Rolle, die man gerade einnimmt, deutlich gemacht wird. Er selbst war in Parteien des liberalen Spektrums engagiert. Max Weber erkannte die Interdependenz von Politik und Wissenschaft, versuchte sie nicht komplett auseinanderzuhalten, warnte aber vor einer Politisierung der Wissenschaft, die den Unterschied zwischen ihren Geltungsbereichen nicht aufrechterhält.

Die EKW – gewissermaßen aus dem Positivismusstreit, einer späteren Version dieser wissenschaftstheoretischen Debatte, geboren – greift immer wieder gerne politisch engagierte, emanzipatorische Ansätze auf, die eine ‚interventionistische Wissenschaft‘ befördert haben. Auch unsere nicht-normative, analytisch-beschreibende Disziplin wird spätestens dann politisch, wenn Machtbeziehungen im Untersuchungsfeld analysiert werden, und sie fragt: Welche Deutungseliten bestimmen die herrschenden Ideologien? Welche alltäglichen Praktiken unterwandern sie? Welcher ‚Eigensinn‘, welche Stimmen sprechen aus den Quellen und Interviews? Die Antworten darauf können objektiv, wertfrei und politisch zugleich sein.

Es mag sein, dass wir uns in der EKW deshalb über die Empörung in der Presse über angeblich grassierende Verletzungen des Objektivitätsgebots in den Geistes- und Sozialwissenschaften wundern. Solche Empörung deutet auf das Grenzgebiet zwischen Politik und Moral, die eng beieinanderliegen. ‚Moral‘ wird landläufig als die kleine Schwester der männlich konnotierten, weil rationalen und wichtigen ‚Politik‘ behandelt: Moral sei gefühlig und die ‚Waffe der Schwachen‘, die keinen Zugang zur ‚echten‘ politischen Macht haben – also der Frauen, der unterbürgerlichen Schichten, der Unterdrückten dieser Welt. Emanzipatorische Bewegungen, die sich politisch (!) für die Rechte und die Gleichheit genau dieser Gruppen einsetzen, werden in ihrer Arbeit regelmäßig mit dem Vorwurf der ‚Moralisierung‘ abgewertet, um die Rationalität und damit Legitimität ihrer Ziele in Abrede zu stellen. Wissenschaftliche Arbeit zu diesen politischen Themen wird entsprechend als ‚moralisch‘ abqualifiziert, mit Verweis auf die gebotene ‚Wertfreiheit‘. Man kann aber mit Weber auch argumentieren, dass diese ‚Moral‘ nichts anderes als die Orientierung an Werten und Interes-

sen ist, die die Auswahl eines Forschungsgegenstands begleitet. Das entbindet nicht von der methodischen Pflicht, entsprechend wissenschaftlich zu arbeiten: objektiv und faktenbasiert Daten zu sammeln, Quellen zu lesen, Empirie zu interpretieren.

Webers Überlegungen stammen aus einer anderen Zeit. Seine beiden berühmten Reden zu Wissenschaft und Politik ‚als Beruf‘ trug er politisch engagierten Studierenden am Ende des Ersten Weltkriegs vor. Deren Nationalismus und romantischen Beschwörungen von ‚Erlebnis‘ und ‚Authentizität‘ hielt er eine Besinnung auf sachlich-methodischen Erkenntnisgewinn und Verantwortungspolitik entgegen. Mit dem Aufstieg von Rechtspopulismus werden in der Universität wieder emotionale Debatten geführt. Antiliberale Kräfte sehen in der Wissenschaft eine Gegnerin, weil sie nicht immer genau die Resultate produzieren wird, die der autoritären Agenda entgegenkommen. Webers Plädoyer passt auch zu dieser neuen politischen Konstellation, nicht weil es auf eine vermeintliche Neutralität pocht, sondern weil es uns auffordert, uns die Interdependenz von Wissen und Werten bewusst zu machen und sie zu nutzen.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.08>

Čarna Brković

Von der Suspendierung zum Engagement und zurück

Vor zwanzig Jahren, als ich Volkskunde (*Etnologija i antropologija*) an der Universität Belgrad studierte, belegte ich einen Kurs über die materielle Kultur Serbiens. Ich musste lernen, die verschiedenen Haustypen und Volkstrachten zu unterscheiden, die als typisch für Kosovo, Šumadija, die Vojvodina und andere „serbische Regionen“ galten. Eine übliche Aufgabe für Volkskundestudierende, könnte man meinen. Doch genau zu dieser Zeit fanden von den Vereinten Nationen unterstützte internationale Verhandlungen über den Status des Kosovo statt – ein Land, das versuchte, seine Unabhängigkeit von Serbien international anerkennen zu lassen.

Es hatte ein besonderes politisches Gewicht, zu behaupten, dass die Volkstrachten und Haustypen lediglich regionale und keine nationalen Unterschiede widerspiegelten. Volkskundliches Wissen wurde genutzt, um nationale Einzigartigkeit zu beanspruchen – oder solchen Ansprüchen anderer entgegenzutreten. Damit legitimierte man verschiedene gewaltsame Versuche, Staatsgrenzen hier statt dort zu ziehen – und diejenigen ethnisch zu „säubern“, die „nicht hineinpassten“. Diese Erfahrung hat mich eine der wichtigsten Erkenntnisse unseres Fachs gelehrt: Volkskundliches Wissen ist niemals unpolitisch. Schließlich beschäftigen wir uns mit Menschen.

Wenn volkskundliches Wissen per se politisch ist, bedeutet das, dass wir als Europäische Ethnolog:innen, Empirische Kulturwissenschaftler:innen und Kulturanthropolog:innen bestimmte politische Positionen in unserer Arbeit vertreten sollten? Ja und nein – es kommt darauf an. Eine spezifische Dynamik von Suspendierung und Engagement ist grundlegend für unser Fach – insbesondere für unsere Arbeit in der Lehre.

Der Seminarraum kann ein Raum des Denkens sein, mit Hannah Arendt verstanden als „the quiet in the center of a storm which, though totally unlike the storm, still belongs to it“. Universitätslehrende sind in der Regel keine politischen Entscheidungsträger:innen, aber wir bilden einige von ihnen aus. Ein zentrales Element unserer akademischen Praxis ist es, zukünftigen Entscheidungsträger:innen beizubringen, wie man das Urteilen aussetzt, die Gewissheit der Außenwelt pausiert, Raum für andere Perspektiven öffnet und Fragen zu dem stellt, was selbstverständlich erscheint.

Anstatt die hegemoniale Gewissheit (und inhärente Gewalt) staatlicher Projekte des Grenzen-Ziehens durch das Studium klar definierter Kategorien von „Eigenen“ und „Fremden“ zu stärken, sollten wir in unseren Seminarräumen Raum für Komplexität und Ambiguität schaffen.

Der Unterricht in Kulturwissenschaft könnte den Studierenden die Möglichkeit bieten, zu erkunden, was ignoriert werden musste, um einen bestimmten Baustil oder eine Volkstracht als „serbisch“ oder eher als „montenegrinisch“ oder „albanisch“ zu kategorisieren. Welche Stimmen, Überschneidungen, Entlehnungen, Parallelen, Ähnlichkeiten und Resonanzen mussten zum Schweigen gebracht oder hervorgehoben werden, damit ein solcher Akt der Kategorisierung stattfinden konnte?

Es ist ein zutiefst politischer Akt, den Seminarraum zu einem Raum der Reflexion über die Spannungen, Ambivalenzen und Widersprüche des Alltags zu machen. Dies steht im Gegensatz zum Versuch, eine einzige, singuläre Wahrheit oder eine singuläre politische Position zu vertreten. Der Lehr- und Lernraum bietet eine Plattform, um Fragen zu stellen, Fehler zu machen und unterschiedlich positionierte Stimmen zusammenzubringen.

Dies ist entscheidend für ein Fach, das sich nicht für das „Eigene“ oder „Fremde“ interessiert, sondern dafür, wie die Grenze zwischen ihnen geschmiedet, verhandelt, umkämpft und im Laufe der Zeit an verschiedenen Orten transformiert wurde. Mit unserem Wissen können wir unseren Studierenden helfen, komplexe und ambivalente soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Prozesse zu verstehen, durch die sich politische Gemeinschaften historisch in Europa entwickelt haben.

Man muss klar sagen, dass ich Volkskunde in Belgrad studieren konnte, weil die serbisch-montenegrinische (jugoslawische) Polizei und Armee im Kosovo Gewalt ausübte – und nicht umgekehrt. Während es in den Jugoslawienkriegen auf allen „Seiten“ Kriegsverbrechen und Gewalt gab, waren sie nicht „alle gleich“. Es gab einen

ganzen Staats- und Militärapparat, der im Namen Serbiens handelte – und das war im Kosovo einfach nicht der Fall. Solche Machtunterschiede sichtbar zu machen ist ebenfalls entscheidend.

Warum habe ich diese Reflexion mit einem Beispiel aus Serbien begonnen? Es mag veraltet erscheinen, wenn man bedenkt, dass deutschsprachige Volkskunde bereits in den 1970er-Jahren eine Auseinandersetzung mit den Grenzen der Volkskultur und deren Rolle im politischen Projekt des Nationalsozialismus führte. Ich tue dies, weil mir in den letzten zwölf Monaten bestimmte Parallelen zwischen Deutschland und dem autoritären Serbien der 1990er-Jahre bewusst wurden. Natürlich gibt es wichtige Unterschiede. Dennoch haben mich diese Parallelen überrascht.

Die gegenwärtige Kontrolle über das Denken in Deutschland führt dazu, dass Ambivalenzen und Komplexitäten ausgelöscht werden – und diese sind ein notwendiger Teil menschlicher Pluralität. Als Lehrende tragen wir die Verantwortung, unseren Studierenden beizubringen, wie man mit Komplexitäten und Ambivalenzen umgeht und gleichzeitig im Blick behält, wie diese durch todbringende Hierarchien und Ungleichheiten geordnet werden. Das ist ein Balanceakt, der Wissenschaft sowohl politisch relevant als auch wahrhafter macht.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.09>

Jens Adam

Ethnografie im Stellungskrieg

Im Rahmen meiner Forschungen zu Rechtspopulismus und autoritären Verschiebungen in Polen erschien mir eine „neue Politisierung der Wissenschaft“ nicht als das vordringlichste Problem. Vielmehr bin ich auf eine politische Praxis gestoßen, die nicht-affirmative Sozial- und Kulturwissenschaften ignoriert und zugleich sukzessive die Räume besetzt, in denen kritisches Denken sich entfalten kann. Eine Strategie rechter Politiker:innen und Medien bestand hier in der kontinuierlichen Flutung öffentlicher Debatten mit affektiv aufgeladenen Narrativen, mit Behauptungen und Anschuldigungen, die Fakten und Lügen mischen, sodass eine auf Erfahrung und Evidenz basierende Diskussion gesellschaftlicher Problemstellungen unmöglich wurde. Dies zeigte sich in keinem Bereich so deutlich wie in den Auseinandersetzungen um Migration und Grenze, die in den Regierungsjahren der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (2015–2023) immer wieder befeuert wurden.

Eine kurze Sequenz zur Untermalung dieser These: Im September 2021 präsentierten die beiden polnischen Minister für Inneres und Verteidigung in einer Pressekonzferenz Bildmaterialien, die – so zumindest ihre Erklärung – Sicherheitsdienste

auf den mobilen Telefonen „illegaler Migranten“ im polnisch-belarusischen Grenzgebiet gefunden hätten: Darstellungen von Enthauptungen und anderen Gewaltsszenen, von religiösen Schriften und islamistischen Terroristen sowie Bilder mit Motiven aus Moskau – die eine Steuerung der Flüchtenden durch die russische Regierung beweisen sollten – wurden projiziert und live in das ganze Land übertragen. Den dramaturgischen Höhepunkt bildete die Präsentation einer Fotografie, die einen Mann – angeblich einen an der Grenze festgesetzten Fluchtmigranten – beim Geschlechtsakt mit einem Huftier zeigte. Auch wenn regierungskritische Internetnutzer:innen viele der Bilder schnell als Fälschungen identifizierten und somit höchste Repräsentanten des polnischen Staates der öffentlichen Lüge überführten – die Motive, Narrative und negativen Emotionen waren in der Welt, zirkulierten durch die (sozialen) Medien und überschwemmten die öffentliche Debatte.

Mich begleitete bei meinen ethnografischen Erkundungen solcher Konstellationen ein Zitat von Achille Mbembe. Auf einer seiner Kölner Vorlesungen im Jahr 2019 bezeichnete er den

„Fremden als gefährlich, wenn auch nicht im üblichen Sinne. Denn der Fremde ist (...) jene Figur, die uns mit Unvernunft bedroht. Wenn wir diese Figur sehen und nicht vorsichtig sind, so werden wir wahrscheinlich unsere Vernunft verlieren.“

Ist es nicht ein solcher Verlust kollektiver Vernunft, den es gegenwärtig in Debatten zu Flucht und Migration vielerorts ethnografisch zu dokumentieren gilt?

Nun wäre dies vor dem Hintergrund der theoretischen und methodologischen Debatten unseres Faches ein schwieriger Befund. Nicht zuletzt inspiriert durch Michel Foucault fragen wir in der politischen Anthropologie weniger danach, ob eine Regierungspraxis als rational oder irrational zu klassifizieren ist, sondern vielmehr nach der jeweils spezifischen Rationalitätsform, die sie hervorruft. Dies bedeutet etwa, eher aus der Distanz, neu auftauchende Verschränkungen von Wahrheitsregimen und Machteffekten ethnografisch nachzuzeichnen. Richard Rottenburg hat in einer verwandten Weise von dem „methodischen Agnostizismus“ in den ethnologischen Fächern gesprochen, der den Glauben an Geister, die moderne Wissenschaft oder eben die Bedrohung durch rassifizierte Andere in gleicher Form adressiert – als für von bestimmten Gruppen für wahr gehaltene Weltbilder, deren Entstehung, Komposition und Überzeugungskraft es zu verstehen gilt.

Eva Illouz hat hierzu kürzlich eine stärker in der Kritischen Theorie verankerte Gegenposition bezogen. In Anbetracht der gegenwärtig um sich greifenden „haarsträubenden Verschwörungstheorien“, schreibt sie in ihrem Buch *Undemokratische Emotionen*,

„können wir uns den Luxus der Annahme, dass alle Perspektiven gleich oder gleich gut fundiert sind, nicht mehr leisten. Genauso wenig können wir es uns leisten, die Manipulationen zu ignorieren, die eine zunehmend raffiniertere, in den Fertigkeiten

der Meinungssteuerung und im Streuen von Gerüchten außerordentlich versierte politische Klasse vornimmt.“

Und falls diese Position eine weitere Unterstützung benötigt hätte, so bietet aktuell die öffentlich inszenierte Allianz zwischen Donald Trump und Elon Musk eine eindrückliche Illustration für die Bemühungen eines rechten medial-politischen Unternehmertums, eine liberale Demokratie in eine zunehmend autoritär regierte, technokapitalistische Oligarchie zu verwandeln.

Aus meiner Perspektive beschreiben diese beiden Positionen das Spannungsfeld, in dem sich ethnografische Forschungen zu Rechtspopulismus und autoritären Entwicklungen verorten müssen. Die jüngeren Entwicklungen in Polen, Ungarn oder der Slowakei zeigen uns dabei sehr deutlich: Rechtspopulistische Regierungen zwingen Gesellschaften in einen zunehmend offensiv ausgetragenen kulturpolitischen „Stellungskrieg“ (Antonio Gramsci). In bemerkenswerter Schamlosigkeit eignen sie sich öffentliche Institutionen an, ersetzen hier Führungspersonal durch Parteigänger:innen und integrieren sie in Infrastrukturen zur Mobilisierung ihrer einseitigen Narrative. Die Geländegewinne, die sich hierdurch erzielen lassen, sind erheblich. Es handelt sich hierbei um einen Regierungsmodus, den wir sicherlich nicht als irrational klassifizieren sollten. Aus meiner Perspektive ist er aber sehr deutlich darauf ausgerichtet, die Räume zu besetzen, in denen kritisches Denken sich entwickeln und evidenzbasierte Diskussionen stattfinden können. Er ist somit auch darauf ausgerichtet, die Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftlicher Vernunft sukzessive zu zerstören.

Vor diesem Hintergrund bin ich zunehmend skeptisch, ob eine Haltung der Distanz, wie sie hier auch in der Einleitung skizziert wird, sich weiterhin durchhalten lässt. Sind wir nicht vielmehr gezwungen, in diese Auseinandersetzungen einzutreten und Positionen zu verteidigen, wenn wir in einigen Jahren noch auf die Institutionen und Medien zurückgreifen wollen, die uns unabhängige Forschung und öffentliche Interventionen überhaupt erst ermöglichen? Dies bedeutet nicht, unsere Arbeit auf einen deklamatorischen Aktivismus zu reduzieren. Es geht eher darum, die ganze Klaviatur einer ethnografischen Disziplin bewusst auszuspielen. Diese umfasst die zugleich erfahrungsnahe und theoretisch versierte Konzeptentwicklung ebenso wie ethnografische Studien, die längerfristige Verschiebungen in einem politisch vorangetriebenen *Stellungskrieg* greifbar machen. Der Aufbau von Beziehungen und Allianzen, die Arbeit in Netzwerken oder der Eintritt in vielstimmige Dialogprozesse gehören zu den erprobten Stärken unseres Fachs. Aus meiner Perspektive muss es darum gehen, diese Variationen stärker mit einem Gespür dafür zu verbinden, was aktuell politisch auf dem Spiel steht. Denn die Angriffe sind massiv.

Olga Reznikova

Zeit für einen Positivismustreit 2.0 in der EKW

Die Frage nach einer angemessenen emanzipatorischen Praxis ist zentral für unsere Gegenwart. Bei der Suche nach gesellschaftlichen Antworten abseits revisionistischer, Verschwörungs- und nationalistischer Ideologien sind allerdings nicht nur die politischen Gruppen und die organisierte Linke auf Erfahrungen und Reflexionen aus der Vergangenheit angewiesen, auch kritische Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Disziplinen suchen politische Verortung durch Bezugnahme auf die ein oder andere Fachtradition. Oft werden dabei die jeweiligen Prozesse in der eigenen Disziplin als Depolitisierung kritisiert, und es wird für eine engere Kooperation mit (linken) aktivistischen Bewegungen plädiert. Dieses Wiederbeleben der eingreifenden wissenschaftlichen Praxis ist zunächst sehr verständlich. Die Abgrenzung von der Beschwörung des Bestehenden als das einzig Denkbare und die Warnung vor der reaktionären Revolte erscheinen heute sehr nötig. Es ist erst einmal logisch, dass diejenigen Akademiker_innen, die soziale Gerechtigkeit und Emanzipation für erstrebenswert halten, ihre wissenschaftliche Praxis auch als eine politische Intervention verstehen und sich um eine Kooperation mit Aktivist_innen bzw. mit den von Ungerechtigkeit Betroffenen bemühen. Doch trotz der historischen Bedingtheit weckt diese Hinwendung auch Unbehagen.

Erstens findet sie heute statt, während einer tiefen Krise des emanzipatorischen Projekts in einer sich rasant faschisierenden¹ Gesellschaft. In ihrer eigenen (politischen wie akademischen) Orientierungslosigkeit in den sich verändernden Kräfteverhältnissen ignorieren Wissenschaftler_innen oft, dass linke politische Arbeit gesellschaftlich an Bedeutung verliert und Aktivist_innen immer mehr Zuflucht an den Universitäten suchen (vor allem, weil sich die politischen Kräfteverhältnisse immer weiter nach rechts verschieben und andere Handlungsfelder oft verschlossen bleiben). So ergibt sich ein merkwürdiges Bild: Linke Bewegungen akademisieren sich immer mehr und gleichzeitig setzen kritische Geisteswissenschaften zunehmend auf die Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen.

Zweitens findet das Bekenntnis vieler Lehrender und Forschender zur politischen bzw. engagierten Wissenschaft und die vielfache Diagnose einer Depolitisierung der wissenschaftlichen Praxis in einem Moment statt, in dem Universitäten, Forschungs- und Bildungseinrichtungen selbst hoch politisiert sind. Es ist m. E. zwar richtig, die Universität als einen Ort zu denken, an dem auch Politik verhandelt wird.

1 Die Betonung der Prozesshaftigkeit erlaubt es, mit dem Begriff der „Faschisierung“ besser die historischen Umstände zu beschreiben, in denen die von Gramsci beschriebenen „pathologischen Symptome“ auftreten und die liberale Demokratie zu kippen beginnt, anstatt sich auf den Punkt des Sieges des Faschismus zu konzentrieren.

Doch wenn die akademische Autorität in ihrem Selbstverständnis vordergründig und explizit für das Stützen politischer Positionen genutzt wird, führt das auch politisch in eine Sackgasse.

Nehmen wir als Beispiel eine der zentralen Aufgaben der Wissenschaft: Kritik. Diese stützt sich nicht zuletzt auf Zensur, wie Geoffroy de Lagasnerie überzeugend argumentiert und dabei Zensur als Gegenbegriff zur Idee der Autonomie der Wissenschaft bei Derrida nutzt. Die Geisteswissenschaften, welche die in der politischen und gesellschaftlichen Praxis entwickelten Hypothesen im Namen der Wahrheit zensieren, bewerten und daraus eine Gesellschaftskritik ableiten, können u. a. den sozialen progressiven Bewegungen oft Argumente für die politische Praxis liefern. In dem Moment, in dem die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft in ihrem der Wahrheit verpflichteten Bemühen um die Beschreibung gesellschaftlicher Zusammenhänge schwindet, verlieren die Bewegungen ihre potenziell stärkste Verbündete bei der Suche nach progressiven gesellschaftlichen Alternativen – die Universität. Um also wirklich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, müssen die berufstätigen Intellektuellen sich von den Anrufungen der politischen Kräfte und Felder frei machen.

Drittens – und jetzt stärker auf die EKW fokussiert – kann Kollaboration den Charakter der Beziehungen zwischen Ethnograf_innen und Akteur_innen in den Forschungsfeldern verschleiern. Natürlich sind Forscher_innen immer auf die ein oder andere Weise situiert: Sie haben mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zufällig ihr Feld ausgesucht und hatten sich meistens im Vorhinein positioniert. Wenn sie aber im Feld nicht als diejenigen auftreten, die im Auftrag der Wissenschaft kommen, sondern z. B. als Mitstreiter_innen, dann entstehen zwei erkenntnistheoretische Probleme: Zum einen bleiben zentrale Charakteristika der Produktionsverhältnisse der Wissenschaft wie Ausschluss, Karriere und Autor_innenschaft unsichtbar. Zum anderen verändert sich mit dem kollaborativen Methodenkanon das zentrale Erkenntnisinstrument der EKW. Klassischerweise leiten wir in der Ethnografie die Beschreibung der sozialen Welt aus der Analyse der gesellschaftlichen Beziehungsformen ab, die auf Begegnungen mit anderen Akteur_innen beruhen. Wenn aber Kollaboration heißt, von vornherein eine politische Haltung einzunehmen, die mit den Sichtweisen des Forschungsfeldes übereinstimmt, dann begegnet die_der Ethnograf_in in den Beziehungen im Feld nicht mehr dem Fremden, sondern er macht sich mit dem Gegenüber gemein und konstruiert ihn so als das Eigene. Solche Forschung bestätigt sich letztlich nur selbst.

Heißt das, dass wir zur vermeintlich „neutralen Wissenschaft“ zurückkehren und die ethnografische Forschung erst einmal möglichst unparteiisch vollziehen sollen, um die Autonomie der Wissensproduktion zu erhalten? Dafür plädieren etwa Marion Näser-Lather und Timo Heimerdinger. Sie möchten die wissenschaftlichen Standards festgelegt bzw. verschärft sehen, die beobachtete Welt aus einer „analytischen Distanz“, sogar mit einem „kalten Blick“ dokumentieren und während der

Forschung möglichst wenig eingreifen. Durch methodische Stringenz und Gütekriterien könne die Unterscheidung zwischen Meinungsäußerung und Forschungsergebnis besser vollzogen werden.

Bereits in den 1960er-Jahren des postnazistischen Deutschlands wurden diese Fragen in der Soziologie und einem Teil der Volkskunde unter dem Stichwort empirischer Positivismus diskutiert. Es scheint, dass heute die beiden Positionen wieder in den methodologischen Auseinandersetzungen der beiden Fächer zurückkehren: Einerseits wird Wissenschaft als engagierte Praxis der besseren Zukunft verstanden und andererseits als akademische Praxis, die auf normative Maßstäbe setzt und die Autonomie der Wissenschaft verteidigt.

Da Kategorien, Fragestellungen und methodisches Vorgehen die Produkte der Gesellschaft, die wir zu beschreiben versuchen, sind, können die widersprüchlichen Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Wissenschaft nicht durch eine stringente Vorgehensweise gelöst werden. Deshalb schlage ich vor, eine dritte, dialektische Perspektive in die Diskussion einzubringen und den Begriff der immanenten Kritik in der Disziplin zu stärken. Ethnografie können wir somit als ein Instrument verstehen, das ausgehend von den bestehenden Verhältnissen versucht, eine andere Wirklichkeit anhand der Analyse der Beziehungsformen zu denken, ohne dabei die Suche nach Wahrheit und einer besseren Gesellschaft aus den Augen zu verlieren.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.11>